



ORIENTIERUNG

Nr. 3 54. Jahrgang Zürich, 15. Februar 1990

OSWALD VON NELL-BREUNING SJ (geb. 8. März 1890) war Zeit seines aktiven Wirkens in Kirche und Politik ein streitbarer, auf politische Wirksamkeit bedachter, kirchlicher Intellektueller. Die Position dieses Jesuiten als Gesellschaftslehrer, Sozial- und Wirtschaftsexperte war früher häufig umstritten, vor allem innerhalb des deutschen Katholizismus. Heute beziehen sich fast alle gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik in irgendeiner Weise positiv auf sein Werk. Wie läßt sich diese späte Zustimmung erklären?

Im folgenden sei versucht, Ziele und Resonanz Nell-Breunings in einem exemplarischen Konfliktfeld zu verdeutlichen: am Beispiel der *innerkatholischen Gewerkschaftsdebatte der 50er Jahre*. Dieses Feld bietet sich zunächst ob des besonderen Interesses an, mit dem Nell-Breuning die *Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nach 1945* verfolgte. Hinzu kommt, daß ihn eigentlich erst die Gewerkschaftspolitik einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machte, stieg doch sein Bekanntheitsgrad als politisch intervenierender Intellektueller in dem Moment sprunghaft an, als er 1954/55, in einer für uns Heutige verblüffenden Polemik, gegen den sozialistischen Gewerkschaftspolitiker Viktor Agartz vorging.

Nell-Breuning als Vermittler...

Obwohl schon in der Weimarer Republik ein begehrter Ratgeber nicht-nur im «Volksverein für das katholische Deutschland» und in den katholischen Standesorganisationen, sondern auch in den damaligen christlichen Gewerkschaften samt Konsum-, Bau- und Siedlungsgenossenschaften, kam Nell-Breuning mit gewerkschafts-politischen Fragen doch erst relativ spät in direkte Berührung. Seine erste Veröffentlichung zur Gewerkschaftspolitik erschien 1948, und zwar in dieser Zeitschrift (Orientierung 12 [1948] 169-71, 177-79, 191-93). Verteidigte und klärte er darin grundsätzlich die Rolle der Gewerkschaften u.a. im Vergleich zu den Arbeitervereinen und verwies er auf unterschiedliche Lösungen in England, Frankreich und Italien, so führte er für Deutschland die Entstehung der *Einheitsgewerkschaft* alleine auf das Diktat der Besatzungsmächte von 1945 zurück. Diese Einschätzung revidierte er in den 50er Jahren, als er durch engere Kontakte mit Mitgliedern der ehemaligen christlichen Gewerkschaften über die Vorgeschichte einen tieferen Einblick gewann. Nell-Breuning bemühte sich mit wachsender Intensität seit Ende der 40er Jahre um eine Vermittlung zwischen der normativen Ebene der katholischen Soziallehre und der Politik der Einheitsgewerkschaft.

Mit diesem Ziel betätigte er sich in der gewerkschaftlichen und innerkirchlichen Schulungsarbeit, schrieb Aufsätze, unterstützte die katholischen Einheitsgewerkschafter und führte Gespräche mit den DGB-Führungen um Hans Böckler, Christian Fette, Walter Freitag und Willi Richter.

Nun wurde aber die 1945 erfolgte Gründung der Einheitsgewerkschaft von Teilen der Kirche und des deutschen Katholizismus mit viel Skepsis betrachtet. Versuche, an die Tradition der Christlichen Gewerkschaften der Weimarer Republik anzuknüpfen, bestimmten in den 50er Jahren den innerkatholischen Streit um den richtigen Weg in der Gewerkschaftspolitik. Die innerkatholische Gewerkschaftsdiskussion war eingebunden in eine starke Polarisierung zwischen SPD und CDU, eine zunehmende Enttäuschung des Katholizismus über die Entwicklung der CDU, bei gleichzeitiger Unterstützung für diese Partei. Hinzu kam, daß die Mitglieder des DGB mehrheitlich sozialdemokratisch orientiert waren und neben der personellen Überschneidung eine größere programmatische Nähe zwischen SPD und DGB als zwischen CDU und DGB bestand. Mit der Gründung der Christlichen Gewerkschaft im Jahre 1955 fand der innerkatholische Gewerkschaftsstreit seinen negativen Höhepunkt.

Nell-Breunings Ziel, in der Gewerkschaft für Toleranz gegenüber den katholischen

ZEITGESCHICHTE

Zwischen Sozialkatholizismus und Einheitsgewerkschaften: Oswald von Nell-Breuning zum 100. Geburtstag – Der Gewerkschaftsstreit der 50er Jahre – Die beiden Streitpunkte – Autonomie des Katholizismus in der neuentstehenden BRD – Gewerkschaftsbewegung als Ordnungsfaktor – Die katholischen Gegenspieler von P. von Nell-Breuning – Kontroversen mit der KAB – Gespannte Beziehungen zum deutschen Episkopat und zur Ordensleitung – Ein Kampf auf Leben und Tod gegen den linken Gewerkschaftsflügel unter V. Agartz – Renommé bei den Gewerkschaften wegen seiner Interpretation der katholischen Soziallehre – Unbefragte Loyalität gegenüber der eigenen Konfession (vgl. auch letzte Seite).

Wolfgang Schroeder, Frankfurt

NAHER OSTEN

Politische Positionen und theologische Reflexionen: Kontroversen an der Jahresversammlung 1989 der *American Academy of Religion* – Entwurf einer jüdischen «Theologie der Befreiung» bei Marc Ellis – Gegen jede Form eines Ermächtigungsdenkens – Das Ehepaar Ruether: Christen angesichts des Palästina-Konflikts – Religiöse und säkulare Wurzeln des Palästina-Konflikts – Jenseits eines ethnozentrischen Gottesverständnisses – Die Position des christlichen Palästinensers. Naim Stifan Ateek – Forderung nach einem bi-nationalen Staat Israel – Bewertung des Holocaust.

Edmund Arens, Frankfurt

DDR

Deutsche Frage und Existenzkrise: Zunehmend aggressivere Sprache in der politischen Kontroverse – Von der Parole «Wir sind das Volk» zu «Deutschland, einig Vaterland» – Frustrationen betrogener Menschen – Unerbittliche Jagd nach Sündenböcken – Gesetz der Straße überholt die reformerische Opposition – Ist der Sozialismus noch mehrheitsfähig? – Auch in der Bundesrepublik sind Reformen notwendig – Kostbarer Schatz bisher gelebter Alternativen.

Joachim Garstecki, Teltow/DDR

MITTELALTER

Laien als Philosophen: Aspekte eines Forschungsansatzes bei Ruedi Imbach – Nicht-Kleriker und «illiterati» – Klerikalistische Mentalität in Theologie, Recht und Politik – Die im 13. Jahrhundert eingeleitete Entklerikalisierung der Wissenschaft – Nur die Kirche blieb davon ausgenommen – Idee einer gesamtgesellschaftlich verfaßten Christenheit scheiterte an ihren eigenen Widersprüchen.

Heinz Robert Schlette, Bonn

Anliegen zu werben, und im Katholizismus die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit für eine gerechtere gesellschaftliche Ordnung zu vermitteln, kam in den 50er Jahren einem Balanceakt gleich. Häufig standen die Mehrheit der Bischöfe, ganze Verbandsführungen, wichtige Personen in der «Gesellschaft Jesu» und ein Großteil der katholischen Presse seinen Bemühungen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Diskussion über Gefahren und Chancen der Einheitsgewerkschaft im Ka-

tholizismus wurde bestimmt durch eine negative Beschreibung ihrer ökonomischen, politischen und ideologischen Auswirkungen. Dabei standen zwei Probleme im Vordergrund: die Eigenständigkeit des Katholizismus und das Problem der Einordnung der Gewerkschaften in die vorgegebene ökonomische und politische Ordnung (Ordnungsfaktor). Viele DGB-Gegner im Katholizismus glaubten beide Ziele durch eine christliche Richtungsgewerkschaft eher erreichen zu können.

... zwischen Einheitsgewerkschaft und Katholizismus

Im Hinblick auf die kirchlichen Interessen vertrat Nell-Breuning die Position, daß die aktive Mitarbeit der KatholikInnen der wichtigste Garant für die Einhaltung der normativen Prämissen der katholischen Gesellschaftslehre im DGB sei. Die *katholischen Arbeitervereine* waren für ihn der Ort, wo die weltanschaulichen Voraussetzungen erarbeitet werden, auf deren Grundlage die katholischen ArbeiterInnen im DGB wirken.

Im Hinblick auf die ordnungspolitische Einordnung der Gewerkschaften war Nell-Breuning im Gegensatz zu seinen entschiedensten katholischen Gegenspielern, wie *Goetz Briefs*, *Gustav Gundlach* und *Johannes Even*, optimistisch. Deshalb lehnte er auch gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Gewerkschaften ab. Statt dessen vertrat er die Auffassung, daß sich Umfang und Zielrichtung der gewerkschaftlichen Aufgaben aus der Geschichte der Gewerkschaften, ihrer Satzung, bei Anerkennung des Sittengesetzes und des Gemeinwohles ergeben müßten. Dies alles bedürfe jedoch der demokratischen Legitimation durch die Mitgliedschaft, könne also nicht von außen durch Gesetz oder andere nicht-gewerkschaftliche Einflüsse und Gruppen entschieden werden.

Die Einheitsgewerkschaft ist nur für Nell-Breuning nicht primär ein Zusammenschluß von Mitgliedern unterschiedlicher Parteien, sondern vor allem ein Bund von Anhängern unterschiedlicher Weltanschauungen. In diesem Zusammenschluß sah er einerseits eine zentrale Voraussetzung für eine gerechte gesellschaftliche Ordnung. Andererseits sah er darin einen Garant für ein nicht-integralistisches Verhalten der katholischen Arbeiter. Denn die Zusammenarbeit von katholischen, evangelischen und sozialdemokratischen Arbeitern könne nur funktionieren, wenn sie auf einer gemeinsamen Verständigungsbasis aufbaue. Deshalb sprach er auch von «sachliche(r) Zusammenarbeit bei Verschiedenheit des weltanschaulichen Ausgangspunktes». Aus der Verschiedenheit der Herkunft und der vorhandenen Gemeinsamkeiten leitete er für die Zusammenarbeit folgende These ab: «Je schmaler die gemeinsame weltanschauliche Basis (je kleiner die Zahl der übereinstimmend anerkannten Werte), umso enger muß der Wirkungskreis gezogen werden.»

Die «Zähmung der Gewerkschaften» und die Akzeptanz des DGB im Katholizismus waren die beiden wichtigsten Ziele, die Nell-Breuning im Hinblick auf die Einheitsgewerkschaft verfolgte. Von folgenden Schritten erwartete er einen Beitrag für diese Ziele: 1. durch eine aktive und engagierte Mitarbeit von KatholikInnen auf der Basis einer Doppelorganisation (Mitglied des Arbeitervereins und des DGB); 2. durch eine diskursive Verständigung und Konfliktlösung (Gespräche) sowie 3. durch machtpolitische Einflußnahme mit dem Ziel der Ausgrenzung sozialistischer Kräfte (Druck und Drohung mit einer Spaltung).

Kontrovers mit katholischer Arbeiterbewegung (KAB)

Um etwas besser zu verstehen, welchen konkreten Problemen Nell-Breuning bei seinem Gewerkschaftsengagement ausgesetzt war, wollen wir seine Stellung in Katholizismus und DGB anhand seines Verhältnisses zu den wichtigsten Gruppen in

diesem Kräftefeld analysieren. Die KAB alias «Arbeitervereine» war einer der wichtigsten Akteure in der innerkatholischen Gewerkschaftsdebatte. Von ihr versprach er sich eine «Wirksamkeit ... in den gewerkschaftlichen und politischen Raum, jedoch ohne Anlehnung an eine politische Partei». Nach einer anfänglich guten Zusammenarbeit verschlechterte sich Nell-Breunings Beziehung zur KAB-Führung seit 1948 zusehends. Erste größere Belastungen im Verhältnis zur KAB traten deshalb auf, weil sich Nell-Breuning bei den Bischöfen für die Förderung von anderen Arbeiterorganisationen neben der KAB aussprach. Er tat dies z.B. durch ein Gutachten zur Verteidigung des Betriebsmännerwerks und durch ein Plädoyer für die Christliche Arbeiterjugend (CAJ). Der Verbandspräsident *Hermann Josef Schmitt* monierte dies: «Meinen Mitarbeitern hier hat es Schmerz bereitet, daß Sie und einige Ihrer Mitbrüder aus dem Orden doch sehr stark der Männerarbeit das Wort reden und durch diese Unterstützung der Männerarbeit uns den Aufbau der katholischen Arbeiter-Vereine erschwerten. Sie werden sich kaum vorstellen können, was es bedeutet, wenn wir die Arbeitervereine betonten und uns entgegengehalten wurde: Prof. von Nell und diese und jene Herren der S.J. haben sich doch ganz der Männerarbeit verschrieben und wollen doch nur am Rande noch etwas von den katholischen Arbeitervereinen wissen.»

Obwohl der KAB-Verbandspräsident ihn immer wieder um politischen Rat fragte und er mit einer gewissen Regelmäßigkeit Aufsätze in der KAB-Presse veröffentlichte, wurde er nicht als offizieller Berater der KAB hinzugezogen. Selbst als Redner oder Diskutant wurde er in den zwölf Jahren von 1948 bis 1960 lediglich dreimal zu KAB-Veranstaltungen eingeladen. Statt dessen bevorzugte die KAB Nell-Breunings Ordensbruder und Kontrahenten, den päpstlichen Berater *Gustav Gundlach*. Gleichwohl gab es auch einige gemeinsame Anliegen zwischen Nell-Breuning und der KAB, wie z.B. das Engagement für eine Verteidigung der Mitbestimmungsforderung nach dem Bochumer Katholikentag (1949) oder die gemeinsame Sympathie für eine verstärkte Miteigentumspolitik. Aber auch in diesen Feldern wirkte man in den 50er Jahren nur selten direkt zusammen.

Ein Beispiel für die Anfechtungen, denen Nell-Breuning wegen seiner Gewerkschaftsposition in der KAB und in römischen Kreisen ausgesetzt war, geben jene Vorgänge im Frühjahr 1954, im Anschluß an einen Vortrag Nell-Breunings über die Aufgaben der Gewerkschaften. In diesem Referat negierte er die These, daß es vorgegebene Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften gebe. Daraufhin erschien eine Meldung in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», in der behauptet wurde, daß seine Ausführungen «in römischen Kreisen nicht ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen worden» seien. In der «Ketteler-Wacht», dem Verbandsorgan der KAB, fand sich dieser Text einige Tage später fast wörtlich wieder. Beim Leser sollte mit dieser Meldung der Eindruck erweckt werden, als sei Nell-Breunings Gewerkschaftsverständnis unvereinbar mit dem der römisch-katholischen Kirche.

Seine Enttäuschung über diesen Angriff artikuliert Nell-Breuning nicht öffentlich, sondern in einem Brief an den Verbandspräsidenten: «Daß die Ketteler-Wacht sich zu einem Angriff gegen mich hergeben würde, gehört zu den Dingen, mit denen ich am wenigsten gerechnet

hätte; nun ist es in Nr. 7, die das Datum des 1. April trägt, Tatsache geworden.» Nell-Breunings Recherchen ergaben, daß diese Meldung von Gustav Gundlach, dem päpstlichen Berater und Ordensbruder, in Umlauf gebracht wurde. Johannes Even, Schriftleiter der «Ketteler-Wacht» und Befürworter christlicher Gewerkschaften, setzte diese Meldung dann im Kampf gegen Nell-Breuning ein. Für die KAB-Führung, die entschieden auf eine christliche Sondergründung hinarbeitete, war Nell-Breuning vielleicht der bedeutendste innerkirchliche Widersacher.

Während u.a. Briefe, Even und Gundlach auf eine politisch-weltanschauliche Polarisierung gegenüber der Sozialdemokratie setzten und mit Kritik an der herrschenden Politik der Adenauer-Regierung nur sehr sparsam umgingen, setzte Nell-Breuning auf eine gemeinsame Polarisierung von christlich-sozialen und reformerischen Sozialdemokraten gegenüber Kommunisten und unterschiedenen Sozialisten.

Seine differenzierte und zuweilen auch sehr kritische Haltung den herrschenden ökonomischen Verhältnissen gegenüber machte ihn für die Gewerkschaftsmehrheit und die SPD zu einem wichtigen indirekten Bündnispartner. Gleichzeitig überforderte dies den mehrheitlich an der Adenauer-Erhard-Regierung orientierten Sozialkatholizismus. Ein Beispiel für diese These bietet der Bericht des KAB-Vorsitzenden aus Fulda, den dieser 1950 nach einem Vortrag Nell-Breunings schrieb: «Die Kritik von Prof. Dr. von Nell-Breuning war die weitaus schärfste Kritik, die ich bisher auf diesem Gebiet gehört habe und unsere Leute waren sprachlos darüber. (...) Du kannst Dir aber denken, wie die Feststellung des Professors wirkt, daß nach seiner Auffassung Dr. Erhard nur der Propagandist ist und die wirtschaftliche Praxis Leute unter ihm gestalten und die großen wirtschaftlichen Entscheidungen Leute über ihm treffen.»

Nell-Breuning faßte seine Enttäuschung über die Entwicklung der KAB 1958 in einem Brief an den Verbandspräsidenten Hermann Josef Schmitt zusammen: «Ich komme nicht darüber hinweg, daß die KAB dort stehengeblieben ist, wo sie in den 1920er Jahren stand, daß sie – kurz gesagt – den entscheidenden Durchbruch von Q.a. (Enzyklika «Quadragesimo anno» von 1931, W.S.) nicht mitgemacht hat. So wird in der KW (Ketteler-Wacht, W.S.) immer wieder als marxistisch angeprangert, was Pius XI. in Q.a. sagt: daß wir eine Klassengesellschaft haben, daß in dieser Klassengesellschaft ein ehrlich ausgetragener Klassenkampf nicht allein zulässig, sondern notwendig sei, die Arbeiterbewegung sich daher als Klassenbewegung und klassenkämpferisch verstehen muß.»

Im Hinblick auf das Verhältnis der KAB zur Einheitsgewerkschaft kritisierte er die Politik der «Nadelstiche». Sein symbolkräftigstes Argument gegen die Befürworter einer christlichen Gewerkschaftsgründung in der KAB bestand im Hinweis auf die verheerenden Auswirkungen des innerkatholischen Gewerkschaftsstreites (1899–1918). Über Jahre hatte dieser Streit das katholische Lager gespalten, geschwächt und damit extrem belastet. Die Debatte der 50er Jahre verglich er damit. Seine Kritik an der KAB war also eine dreifache: Sie bezog sich zunächst auf die von der KAB verweigerte Zusammenarbeit mit ihm. Dann bezog sie sich auf die theoretische Ebene. Hier monierte er, die KAB habe den Stand der kirchlichen Sozialtheorie nicht rezipiert. Zuletzt kulminiert sie in der Kritik an der Ablehnung des Projektes Einheitsgewerkschaft. Durch die konkurrierenden Positionen in der Gewerkschaftspolitik sei eine gewisse Unvereinbarkeit gegeben: «Man kann nicht auf beiden Seiten der Barrikade zugleich stehen.»

Beziehungen zu Episkopat und Ordensleitung

Ähnlich problematisch wie zur KAB entwickelte sich das Verhältnis zu den Positionen der deutschen Bischöfe. Nell-Breuning setzte sich ausdrücklich für die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber Eingriffen von außen ein und bejahte innerkirchlich eine Aufwertung der Laien gegenüber den Klerikern. Auch wenn er selbst massiv auf die Gewerkschaften

Druck ausübte, wies er die Bischöfe und Kleriker darauf hin, daß sie keine Berechtigung hätten in rein gewerkschaftlichen Fragen für die Laien zu sprechen.

Als einige Bischöfe 1952 bekundeten, sie seien 1945 nicht gefragt worden, ob sie die Einheitsgewerkschaften wünschten, vertrat Nell-Breuning die Auffassung: «Es geht nicht darum, ob der Episkopat der Errichtung der Einheitsgewerkschaft zugestimmt hat, worum er selbstverständlich nie gefragt worden ist, sondern darum, ob die Bischöfe die Mitgliedschaft der Katholiken in der EG «tolerieren» bzw. «approbieren»; nur das fällt in ihre Zuständigkeit...».

Weil 1948 die kritischen Stimmen zur neuen Gewerkschaft evident zunahmen, beauftragte ihn der Limburger Diözesanbischof *Dirichs* mit einem Gutachten, das in der Bischofskonferenz zur Klärung beitragen sollte. Wenn auch bis heute unklar ist, welche Bedeutung dieses Gutachten für die bischöfliche Meinungsbildung erlangt hat, so kann dies doch als ein Beleg dafür angesehen werden, daß die Positionen Nell-Breunings in den ersten Nachkriegsjahren noch eine gewisse Akzeptanz bei den Bischöfen fanden.

Kardinal Frings rief 1950, am Vorabend des 1. Mai, die katholische Arbeiterschaft auf, dem DGB beizutreten. Dies konnte Nell-Breuning ebenso als ein Ergebnis seiner Bemühungen begreifen wie die Gegnerschaft der Diözese Limburg, in der er lebte, gegen eine christliche Gewerkschaft. Im gleichen Maße, wie die Mehrheit der Bischöfe und Ordinariate die befürchteten Gefahren, die vom DGB für den Katholizismus ausgingen, in den Vordergrund stellten, verschlechterte sich auch die Bedeutung Nell-Breunings für diesen Kreis. Und seine Versuche, neben der Kritik, die er an den Gewerkschaften übte, immer auch noch positive Entwicklungen und Tendenzen herauszustellen, stießen auf zunehmende Ablehnung.

Das politische Handeln Nell-Breunings war geprägt von einer außerordentlichen Loyalität gegenüber seinem Orden, den Bischöfen und dem Papst. Sowohl vor wie auch nach der Gründung der christlichen Gewerkschaften verzichtete er auf eine kritische Kontroverse und hielt sich an ein zweijähriges Schweigeabkommen zu diesem Problem. Er bat auch seine Ordensbrüder, sich daran zu halten, «...denn schließlich sind es die Schäflein der Bischöfe und nicht die unsrigen, die wir in Verwirrung bringen, wenn wir offen etwas sagen, was der Linie eines oder mehrerer Bischöfe zuwiderläuft». Um so größer war die Resonanz, als er nach der Phase des Schweigens, im Jahre 1957, erstmals wieder einen öffentlichen Vortrag über die Gewerkschaftsproblematik hielt.

Gegen «Radikalsozialisten» im DGB: Nell kontra Agartz

Nell-Breuning analysierte drei politisch-weltanschauliche Strömungen in DGB der fünfziger Jahre: «einen breiten mittleren Block, umfassend eine sozialistische Mehrheit und eine christlich-soziale Minderheit, der für die Einheitsgewerkschaft entsteht...; einen christlich-sozialen Außenflügel, der zu Christlichen Gewerkschaften hinneigt, und einen schwer abzugrenzenden, vermutlich zahlenmäßig etwas stärkeren sozialistischen Außenflügel, der das Ausscheiden aller derjenigen Mitglieder wünscht, die die Gewerkschaft daran hindern, einen einseitig oder sogar radikal sozialistischen Kurs zu nehmen». Seine strategischen Überlegungen verfolgen das Ziel, den ersten Block enger zusammenzuschweißen. Deshalb stellte er bei dessen Gruppierungen die Gemeinsamkeiten gegenüber dem dritten Block in den Mittelpunkt seiner Argumentation und nicht ihre Unterschiede. Im Hinblick auf den zweiten Block hegte er die Hoffnung, daß dieser wieder in den ersten Block zu integrieren wäre.

Die bedeutendsten intellektuellen Gegner von links, die, wie er, Einfluß auf die gewerkschaftliche Entwicklung zu nehmen versuchten, waren: *Alfred Weber* und *Viktor Agartz*. Nell-Breuning sah vor allem in Viktor Agartz die Personifizierung klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik. In diesem Sinne

teilte Nell-Breuning die Gegnerschaft zu Agartz mit vielen führenden sozialdemokratischen und mit fast allen christlich-sozialen Gewerkschaftsfunktionären.

Nach dem Frankfurter DGB-Kongreß 1954 trat eine Konstellation ein, in der Oswald von Nell-Breuning seine Vermittlungsfähigkeiten nicht nur als deutender, sondern auch als eingreifender Intellektueller unter Beweis stellen konnte. Viktor Agartz forderte im Hauptreferat dieses Kongresses das politische Initiativrecht der Gewerkschaften für eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine Ablehnung des Wehrbeitrages. Damit sprach er quasi eine «Kriegserklärung» an die christlich-soziale und die sozialdemokratische Mehrheitslinie im DGB aus.

Im Anschluß an diesen Kongreß erfolgte von christlich-sozialer Seite eine in der Geschichte der bundesdeutschen Gewerkschaften beispiellose Offensive gegen einen führenden Sprecher des DGB, gegen Viktor Agartz. Ein Teil der Kritiker nutzte diese Mobilisierung zur Vorbereitung einer christlichen Sondergründung. Um dies zu verhindern und gleichzeitig die DGB-Führung um *Walter Freitag* sowie die Volksparteibefürworter in der SPD zu stärken, trat Nell-Breuning mit einer zugespitzten Polemik, wie sie die bundesdeutsche Gewerkschaftsöffentlichkeit kaum je zuvor gegenüber einem Gewerkschaftler vernommen hatte, in die Offensive.

Vor den Werkgemeinschaften der christlichen Arbeitnehmer stellte er am 11. Januar 1955, in seinem Geschichte machenden Münchner Referat, die rhetorische Frage: «Wohin führt Agartz den DGB?» Seine Antworten lauteten: «Dr. Agartz führt I. in einen Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen; II. er führt in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus; III. ...er führt in die Verantwortungslosigkeit; IV. er führt in die Spaltung des DGB.»



KANTON SCHWYZ
KANTONSSCHULE PFÄFFIKON SZ
Gymnasium Typus C, E, Unterseminar,
Handelsmittelschule

Auf Beginn des Schuljahres 1990/91 (14. August 1990)
ist eine

Hauptlehrerstelle für Religion mit $\frac{2}{3}$ -Pensum

zu besetzen. Wir suchen einen römisch-katholischen Lehrer, der bereit ist, abwechselnd und in Zusammenarbeit mit einem protestantischen Kollegen in konfessionell gemischten Klassen zu unterrichten (Altersstufe 15–17 Jahre, Seminar bis 19 Jahre). In Kombination mit einem anderen Fach ist eventuell ein Vollpensum möglich.

Bewerber sollten über ein abgeschlossenes Studium und etwas Lehrerfahrung verfügen.

Anmeldeformulare sowie nähere Auskünfte sind erhältlich beim Rektor der Kantonsschule, Dr. August Kaiser, Tel. (055) 48 36 36. Anmeldungen sind bis 28. Februar 1990 ans Rektorat der Kantonsschule, Gwattstraße 2, 8808 Pfäffikon, zu richten.

Erziehungsdepartement

Die entscheidende Wirkung dieses Referates bestand in der Androhung einer Spaltung, die nicht zwischen christlich-sozialen und sozialistischen Arbeitnehmern verlaufen würde, sondern mitten durch die sozialdemokratisch orientierte Arbeitnehmerschaft. Mit diesem Referat unterstützte er die DGB-Führung in ihrem Kampf gegen Viktor Agartz. Die Katholiken, die an ihrer Mitgliedschaft im DGB Zweifel hegten, erlebten Nell-Breunings Intervention als deutliche Aufwertung ihrer Arbeit. Dies um so mehr, als sich zeigte, daß die Vorstellungen von Viktor Agartz im DGB keine Realisierungschancen besaßen und er sogar gegen Ende des Jahres 1955 aus den Diensten des DGB entlassen wurde.

Trotzdem konnte die Bewegung für eine christliche Gewerkschaft nicht gänzlich aufgehalten werden. Sie wurde aber geschwächt. In dem Münchner Vortrag argumentierte Nell-Breuning nicht ausdrücklich als Anwalt der christlich-sozialen Richtung im DGB. Vielmehr wurde er für einen Augenblick zum Sprecher all derer, die sich bisher nicht öffentlich getraut hatten, ihre Vorbehalte gegen Viktor Agartz zu artikulieren. Im Bündnis mit der DGB-Spitze um Walter Freitag, ja in dieser spezifischen Konstellation sogar als ihr Sprecher, konnte er sein Renomee im katholischen wie im gewerkschaftlichen Lager verbessern. Der Erfolg war jedoch nicht von Dauer.

Ein unabhängiger Vermittler

Nell-Breuning lehnte den Druck, der von KAB- und Sozialausschüssen auf den DGB ausgeübt wurde, ab, unterstützte aber die innergewerkschaftlichen Bemühungen der *Christlich-Sozialen-Kollegenschaft (CSK)*. Hierbei handelte es sich um einen Zusammenschluß junger katholischer Gewerkschaftler unter der Führung des Jesuitenpaters *Herbert Reichel*. Diese Gruppe wirkte von 1952 bis 1960 innerhalb des DGB. Wegen ihres fraktionsähnlichen Status und aufgrund ihrer Gegnerschaft zur Christlichen Gewerkschaftsgründung war sie sowohl im DGB als auch im Katholizismus umstritten. Nell-Breuning suchte sich schützend vor sie zu stellen, indem er ihre Arbeit öffentlich als Beitrag gegen «Radikalismus» sowie zur Förderung des christlich-sozialen Gedankengutes im DGB herausstellte.

Das publizistische Organ der Kollegenschaft, die «Gesellschaftspolitischen Kommentare», boten Nell-Breuning ein wichtiges Forum, über das er viel unmittelbarer auf die Gewerkschaftsdiskussion einwirken konnte als über die außergewerkschaftliche Presse des Katholizismus. Konkrete Berührungspunkte gab es bei den Schulungswochenenden der CSK in Duisburg, bei Sitzungen des Zentralausschusses, zu denen er gelegentlich eingeladen wurde, und durch seine Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat. In der Kontroverse mit dem Agartz-Flügel gab es wohl das engste Zusammenwirken. Ansonsten waren der Zusammenarbeit zwischen Reichel und Nell-Breuning insofern Grenzen gesetzt, als ihr Bezug auf die Einheitsgewerkschaft von unterschiedlichen Grundpositionen ausging. Zudem wäre eine zu enge Kooperation auch kontraproduktiv für Nell-Breunings Ansehen im DGB wie auch im sozialen Katholizismus gewesen.

Seit 1958 wurde das Verhältnis zur Führung der CSK um Herbert Reichel immer angespannter und distanzierter. Daß Nell-Breuning schwieg, als die Kollegenschaft im Oktober 1960 auf Betreiben von Herbert Reichel das «Experiment Einheitsgewerkschaft» für gescheitert erklärte, liegt ganz auf der Linie seines kirchen- und ordenloyalen Verhaltens. Hinzu kam noch, daß sein Verhältnis zum DGB in dieser Zeit sehr angespannt war.

Für seine Vermittlungsrolle zwischen Katholizismus und DGB waren Unabhängigkeit und Distanz entscheidende Voraussetzungen. Es durfte nicht der Eindruck entstehen, als existiere eine quasi mechanische Solidarität zwischen Nell-Breuning und dem DGB. Den stärker werdenden Spannungen zwischen DGB und Katholizismus seit 1952 versuchten Kirchen- und Gewerkschaftsvertreter durch offizielle Gespräche entgegenzutreten. In den sogenannten «Konfessionsgesprächen» (1953/1954) wurden die unterschiedlichen Grundvorstellungen dargestellt und Lösungswege ausgetauscht. Nell-Breuning, der an

all diesen Gesprächen engagiert beteiligt war, hoffte, daß hiermit eine Form gefunden sei, mit der die Spannungen zwischen den katholischen Verbänden und dem DGB ausgeräumt werden könnten. Um so mehr war er enttäuscht, daß von katholischer Seite, im Anschluß an den Frankfurter DGB-Kongreß 1954, diese Gespräche für gescheitert erklärt wurden.

Dem Katholizismus mußte er andere Anknüpfungspunkte aufzeigen als den Gewerkschaften. Neben dem Hinweis auf die eigenen Erfahrungen mit den verheerenden Auswirkungen des Gewerkschaftsstreites betonte er in der innerkatholischen Diskussion die gemeinsame Wertebasis von Katholizismus und DGB. Im ausgesprochenen Gegensatz zum Kommunismus gingen beide von den Grundwerten der Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit aus. Gegenüber den Führern des DGB akzentuierte er die Gefahr der Spaltung.

Sein hohes Ansehen, das er bei der Gewerkschaftsmehrheit besaß, korrespondiert in dieser Auseinandersetzung mit einer prekären Situation im Katholizismus. Bei den Gewerkschaften basierte sein Ansehen vor allem darauf, daß er von allen einflußreichen Interpreten der katholischen Soziallehre ihre konkrete Anwendung am weitesten in Richtung gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik vollzog.

Die Möglichkeit, den Gewerkschaften entgegenzukommen, war über die eigenen Optionen und Situationseinschätzungen hinaus aber immer auch noch abhängig von der Loyalität zu seiner Kirche. So hat er viele gegen ihn in der Öffentlichkeit vorgetragene Angriffe unwidersprochen gelassen, um Kirche und Katholizismus nicht zu starken Belastungen auszusetzen. Einerseits nahm er die Gewerkschaften häufig vor Angriffen aus dem Katholizismus sowie aus dem Unternehmerlager in

Schutz. Andererseits bildete die hiermit gegebene Anerkennung in den Gewerkschaften eine wichtige Grundlage, um wirkungsvoll in die innergewerkschaftlichen Kontroversen eingreifen zu können. Dabei ignorierte er aber auch manchmal die innergewerkschaftliche Demokratie. Ein Beispiel hierfür sind seine Interventionen in der Agartz-Kontroverse. Seine konzeptionellen Vorstellungen haben aber für die konkrete Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik – mit Ausnahme der Tarifvertragspolitik der IG Bau-Steine-Erden Anfang der 60er Jahre – keine Rolle gespielt.

Seine Hoffnungen auf eine größere Akzeptanz der Einheitsgewerkschaft im bundesdeutschen Sozialkatholizismus erwiesen sich in den 50er Jahren noch als überzogen. Weder gab es eine besonders aktive und engagierte Mitarbeit von KatholikInnen noch konnte er die Gründung christlicher Gewerkschaften verhindern. Trotzdem wurden diese Niederlagen nicht zu seiner persönlichen Niederlage. Heute läßt sich sagen: im Gegenteil! Die Einheitsgewerkschaft hat dank Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft heute das Ansehen, den arbeitenden Menschen etwas gebracht zu haben. Dieser Erfolg hat auch zum heutigen Ansehen Nell-Breunings beigetragen, vor allem im Katholizismus.

Wolfgang Schroeder, Frankfurt/M.

DER AUTOR ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Katholische Theologie (Abteilung Sozialethik) der Universität Frankfurt und arbeitet an einem Projekt zum Verhältnis von Kirche und Gewerkschaft in der BRD. Im März erscheint: W. Schroeder, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU. Arbeiterführer als Zeitzeugen. Bund-Verlag, Köln 1990, 450 Seiten, DM 38,80. Ferner wird demnächst in den Vierteljahreshften für Zeitgeschichte erscheinen: W. Schroeder, Oswald von Nell-Breuning und Viktor Agartz: Der Frankfurter DGB-Kongreß 1954 und seine Folgen.

Der schwierige Pfad zur Solidarität

Theologische Beiträge zum Nahostkonflikt

Zwei Tage nach dem Massaker an den sechs Jesuiten, ihrer Köchin und deren Tochter in El Salvador hielt die in New York lehrende jüdische Philosophin *Edith Wyschogrod* auf der Jahrestagung der American Academy of Religion (AAR), die vom 18. bis 21. November 1989 im kalifornischen Anaheim bei Los Angeles stattfand, einen Vortrag über das Thema: «Von Menschen gemachter Massentod».¹ Darin führte sie aus, beginnend mit dem Ersten Weltkrieg seien wir in ein Zeitalter des Todes eingetreten, das über den Zweiten Weltkrieg hinaus ungebrochen fortlebe. Das Zeitalter des von Menschen gemachten Massentodes hinterlasse seine Spuren in drei Arten von Gemeinschaften, in solchen der Erinnerung, des Terrors und in unverfügbaren Gemeinschaften. Sind erstere in der Gefahr, die eigene Vergangenheit zu verherrlichen und das Differentiale, Andere außer acht zu lassen, so entstehen die zweiten, wenn die Pluralität zur Einheit zusammengezwungen wird. Einzig die unverfügbare Gemeinschaft wird nach Wyschogrod den Anderen und insbesondere den Opfern gerecht, in ihr komme der Andere vor dem Ego, statt bestimmten Werten und Handlungen werde ihm in der eigenen Passivität, die Generosität ist und keine Reziprozität fordert, Raum gegeben.

Was die Philosophin höchst spekulativ entfaltete, stand am folgenden Tag sehr konkret zur Debatte in einem Symposium «Der schwierige Pfad zur Solidarität. Palästinenser und Juden im Kampf um Befreiung». Dazu hatte die Arbeitsgruppe Befreiungstheologie der AAR drei Personen eingeladen, die in letzter Zeit bedeutsame theologische Beiträge zum Nahostkonflikt geliefert haben, die amerikanische christliche Theologin *Rosemary Radford Ruether*, den ebenfalls in den USA

lebenden jüdischen Theologen *Marc Ellis* und den christlich-arabischen Pfarrer, Palästinenser und israelischen Staatsbürger *Naim Stifan Ateek* aus Jerusalem. Da letzterer kurzfristig absagen mußte, wurde es ein amerikanischer Diskurs über Israel-Palästina, an dem sich insbesondere jüdische Zuhörer mit z. T. heftigen Beiträgen beteiligten.

Hatte Ateek über den Palästinenseraufstand, die entstehende palästinensische Theologie der Befreiung und einen theologischen Rahmen für Gerechtigkeit und Versöhnung in Palästina und Israel reden sollen, so stellte Ellis den Palästinenseraufstand und die entstehende jüdische Theologie der Befreiung ins Zentrum seiner Ausführungen über einen theologischen Rahmen der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Nach Ellis befindet sich Israel gegenwärtig in der schwierigsten Lage seit der Zerstörung des Tempels im Jahre 70, wobei zur Debatte steht, ob es einen Weg in die Zukunft findet, der diesmal nicht aus eigener Schwäche, sondern aufgrund der eigenen Macht gefährdet ist, die Israel zur Unterdrückung der Palästinenser ge- und mißbraucht. Während Rechtsradikale in Israel die «Endlösung» des Palästinenserproblems fordern, ist es Ellis zufolge an der Zeit, eine Lösung zu finden, die beide, Juden wie Palästinenser, weder zu Opfern noch zu Unterdrückern macht. Dafür seien von seiten der Juden fünf Dinge gefordert: die Erkenntnis und Anerkennung, daß, was sie den Palästinensern angetan haben und noch antun, ungerecht war und ist, die Einsicht, daß sie selbst eben das getan haben, was mit ihnen so lange Zeit geschehen ist, also von Opfern zu Tätern geworden sind; drittens sei eine Relativierung des gerade von seiten der Holocausttheologie theologisch höchst aufgeladenen Staates Israel verlangt, viertens eine bisher noch als Verrat angesehene Konfrontation mit der Staatsmacht in Israel und schließlich eine Solidarität mit dem palästinensischen

¹ Vgl. E. Wyschogrod, Spirit in Ashes: Hegel, Heidegger and Man-Made Mass Death. New Haven 1985.

Ein brisantes Thema: Der päpstliche Primat

Klaus Schatz: Der päpstliche Primat

Seine Geschichte von den Ursprüngen
bis zur Gegenwart.
232 Seiten. Broschur. Fr. 25.20 / DM 26,-.
ISBN 3-429-01274-0

In diesem Buch wird nicht eine weitere Geschichte der Päpste geboten, sondern erstmals die Geschichte des päpstlichen Primats nachgezeichnet. Das 1. Vatikanische Konzil hat den Primat des Bischofs von Rom über die gesamte Kirche als wesentlich und unaufgebbar definiert. Wie, in welchen Stufen und durch welche geschichtlichen Faktoren ist der päpstliche Primat aber geworden? Das Buch ist eine notwendige Lektüre für alle, die sich ein Urteil über die Institution des Papsttums und den mit ihm verbundenen Primatsanspruch bilden wollen; es vermittelt nicht nur die unerläßlichen historischen Kenntnisse, sondern auch theologische Beurteilungsmaßstäbe.

Der Autor ist Jesuit mit einem fünfjährigen Spezialstudium der Kirchengeschichte an der römischen Gregoriana. Er promovierte über das Thema „Kirchenbild und Unfehlbarkeit bei den deutschsprachigen Minoritätsbischöfen auf dem 1. Vatikanum“. Seit 1975 lehrt er Kirchengeschichte an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen.

 **echter** „echter“-Bücher bekommen Sie
bei Ihrem Buchhändler!

Volk, die zum einen zwar als Akt zivilen und theologischen Ungehorsams betrachtet werde, andererseits aber der Lackmustest für den Dissens, den Ausbruch aus der Selbstghettoisierung und den Anschluß an die prophetisch-universalistische Tradition der jüdischen Gemeinschaft sei.

Eine jüdische Position

In seinem Buch «Auf dem Weg zu einer jüdischen Theologie der Befreiung» stellt Marc Ellis die dissidenten Stimmen im Judentum der in den letzten beiden Jahrzehnten dominierenden Holocausttheologie gegenüber.² Diese sieht ihre Aufgabe darin, die Erinnerung an die Opfer der Shoah festzuhalten und zu bezeugen, auf die Herausforderung äußerster Ohnmacht und Vernichtung zu antworten und die geschichtliche wie theologische Bedeutung von Auschwitz und des jüdischen Glaubens nach Auschwitz aufzuzeigen. Sie entgeht nach Ellis freilich, insbesondere in der Form, wie sie *Irving Greenberg* vertritt, nicht dem Preis der Ermächtigung und wird zur unkritischen Affirmation des Staates Israel, seiner Sicherheit und Machtpolitik. Gegen das aus der Holocausttheologie stammende Ermächtigungsdenkmal, das den Staat Israel verabsolutiert und theologisiert, stellt Ellis *Earl Shorris'* Klage über «Juden ohne Gnade» und *Roberta Strauss Feuerlichts* Erinnerung daran, daß das jüdische Volk zwischen Israels Macht und der jüdischen Ethik zerrissen wird.³ Ellis beleuchtet sodann

² M. H. Ellis, *Toward a Jewish Theology of Liberation*. Maryknoll/NY 1988; vgl. dazu: M. Brumlik, Kritik des Ermächtigungsdenkens. Marc H. Ellis' jüdische Theologie der Befreiung, in: *Babylon*, Heft 5, Frankfurt 1989, S. 117–120. M. H. Ellis ist Professor für Religion, Kultur und Gesellschaft an der Maryknoll School of Theology und ist Direktor des dortigen Justice-and-Peace-Programms.

³ Vgl. E. Shorris: *Jews without Mercy: A Lament*. Garden City/NY 1982; R. Strauss Feuerlicht, *The Fate of the Jews: A People Torn between Israeli Power and Jewish Ethics*. New York 1983.

ethisch-religiöse, sozialpolitische und feministische Erneuerungsbewegungen und macht auf die Bedeutung der schwarzen, der lateinamerikanischen und der asiatischen Theologien der Befreiung für die jüdische Gemeinschaft aufmerksam. Die jüdischen Reserven gegenüber solchen Theologien erklärt er mit Befürchtungen vor einem neuen christlichen Triumphalismus, ihrer Exodusorientierung ohne Wahrnehmung der heutigen Juden und einem beängstigenden Dritte-Welt-Charakter. Allerdings mache die Befreiungstheologie dem auf die Einzigartigkeit des Holocausts bestehenden Judentum etwas deutlich: «Wir als Juden profitieren weiterhin von einer rassistischen Gesellschaft in Amerika, und wir sind dabei, eine ebensolche in Israel aufzubauen. In alarmierendem Ausmaß unterstützen wir eine Politik der USA und Israels, die für weitere Holocausts in Mittelamerika und Südafrika sorgen.»⁴

Ellis geht es mit Berufung auf kritische jüdische Intellektuelle wie *Walter Benjamin*, *Etty Hillesum* und *Martin Buber* um eine von Solidarität und Zeugnis geleitete Rekonstruktion jüdischen Lebens, die der Ermächtigung, dem Konformismus und Nationalismus widersteht und sich statt dessen auf eine jüdische Theologie der Befreiung zubewegt. Eine neue jüdische Theologie muß nach Ellis die Spannung zwischen Partikularität und Universalität produktiv austragen, indem sie die Inklusivität des Judentums betont, seine Gemeinschaftlichkeit herausstreicht, das jüdische Zeugnis gegen jede Idolatrie stellt und zur *teshuvah*, zur «Verpflichtung und Solidarität in all ihren Mühen und Möglichkeiten»⁵, aufruft. Eine prophetisch-befreiende jüdische Theologie ist in erster Linie ethisch orientiert, mehr auf die jüdische Gemeinschaft als auf den Staat Israel bezogen, den sie nicht ablehnt, aber relativiert und als eine wichtige jüdische Gemeinschaft versteht, die daran zu bemessen ist, wie sie mit anderen Gemeinschaften umgeht. Im Nachwort zur Neuausgabe des Buchs heißt es unter der Überschrift «Der Palästinenser aufstand und die Zukunft des jüdischen Volkes»: «In den Gesichtern der Palästinenser liegt die Zukunft dessen, was es bedeutet, jüdisch zu sein; im Zentrum des Kampfes um Glaubwürdigkeit als Jude heute liegen das Leiden und die Befreiung des palästinensischen Volkes.»⁶

Christen angesichts des Palästinakonflikts

Rosemary Radford Ruether, die Verfasserin einer bahnbrechenden Untersuchung über die theologischen Wurzeln des christlichen Antijudaismus⁷, machte es sich beim AAR-Symposium zur Aufgabe, die Situation der Palästinenser in Israel und die Bedeutung des Palästinenserkonflikts für westliche Christen darzulegen. Sie beschrieb die Ghettoisierung und Marginalisierung der Palästinenser in Israel seit vierzig Jahren, auf die jahrelang «ethnozidische Angriffe» verübt worden seien, die sich seit der Intifada, dem Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten im Gazastreifen und im Westjordanland, zu einem direkten Ethnozid ausgeweitet hätten. Ihre Bilanz: Während der seit zwei Jahren andauernden Intifada wurden bis Mitte November 1989 782 Palästinenser getötet, über 70 000 verwundet; israelische Todesschwadronen ermorden die palästinensische Führerschaft; in den besetzten Gebieten werden die ökonomischen Grundlagen systematisch zerstört; den abgesehen von Steine werfenden Jugendlichen auf weite Strecken gewaltfreien Widerstand versucht die israelische Militärmacht mit ungeheurer Brutalität zu brechen. Freilich, der Versuch, das palästinensische Volk zu entwurzeln und seiner Identität zu berauben, sei, wie die Intifada zeige, gescheitert. Radford Ruether ging auch auf die enormen Schwierigkeiten ein, die amerikanische Juden und

⁴ M. H. Ellis (vgl. Anm. 2), S. 84.

⁵ Ebenda, S. 112.

⁶ M. H. Ellis, *Toward a Jewish Theology of Liberation. The Uprising and the Future*. Maryknoll/NY 1989; S. 128.

⁷ Vgl. R. Ruether, *Nächstenliebe und Brudermord. Die theologischen Wurzeln des Antisemitismus*. München 1978.

westliche Christen damit haben, sich der Tatsache zu stellen, daß das jüdische Volk nicht länger unschuldig ist. Sie sieht in dieser Haltung ein Produkt des Philosemitismus als Kehrseite des Antisemitismus, einer insbesondere von liberalen Christen betriebenen Idealisierung der Juden als des heroischen Volkes Gottes. Der liberal-christliche Philosemitismus erwarte von Israel, ein idealer, erlösender jüdischer Staat zu sein. Dabei könne der Staat Israel angesichts einer nichtjüdischen Bevölkerung von 20% gar nicht als jüdischer Staat definiert werden, und die Begriffe der Erwählung und des gelobten Landes seien im Blick auf die multikulturelle Gesellschaft Palästinas schon in der Antike mythischer Natur gewesen. Ein falscher zionistischer Messianismus versuche nunmehr, diese Mythen der Realität aufzuzwingen.

Radford Ruether betonte, daß Israel selbst durch den Krieg gegen die Palästinenser und seine Nachbarn ökonomisch wie moralisch zerstört werde. Der riesige Militäretat führe zu einer Übermilitarisierung, die sich in Waffenexporten und militärischer Kooperation mit den schlimmsten Diktaturen der Welt niederschlage. Und was bedeute es, wenn jeder israelische Jugendliche während seines Militärdienstes als Initiationsritus das Schlagen und Töten palästinensischer Kinder durchmacht. Insofern gehe es darum, Israel zugleich ökonomisch und moralisch zu retten, was nur möglich sei durch einen Ausbruch aus dem Teufelskreis der Gewalt, durch Verhandlungen mit den Palästinensern mit dem Ziel der gegenseitigen Anerkennung der jüdischen und der palästinensischen Gemeinschaft.

Unter dem Titel «Das Wüten Jonas» hat Rosemary Radford Ruether im letzten Jahr gemeinsam mit ihrem Mann Herman J. Ruether ein Buch veröffentlicht⁸, in dem beide auf der Basis der Analyse der Stellung der drei monotheistischen Religionen zum Land Israel die historische Entwicklung des Konflikts um Israel-Palästina nachzeichnen, den religiösen und säkularen Wurzeln des Zionismus nachgehen und sich besonders der Allianz von millenaristischem Christentum und Zionismus widmen. Sie legen zudem eine gründliche Analyse der Entstehung und Entwicklung des palästinensischen Nationalismus bis zum Aufstand von 1988 vor und beleuchten die Widersprüche des jüdischen Staates, der zunächst die Palästinenser in Israel und nach 1967 die in den besetzten Gebieten unsichtbar gemacht habe. Ein Teil des Buches beschäftigt sich mit christlich-kirchlichen Stellungnahmen zum Judentum und zum Zionismus, wobei der abwägenden Position des Vatikans und des Weltkirchenrats die militant proisraelische Haltung der amerikanischen christlichen Fundamentalisten entgegengesetzt wird.⁹ Auch die in der westlichen Welt nahezu ungehörte Stimme des arabischen Christentums kommt zu Wort, namentlich Naim Stifan Ateek. Die Ruethers skizzieren ebenfalls die Position der jüdischen und christlichen Holocausttheologie, der sie eine schuldhaft Ignoranz gegenüber dem durch den Staat Israel begangenen Unrecht vorwerfen, wobei jede Kritik an Israel von dieser Seite sofort mit dem Antisemitismusvorwurf belegt werde. Die Holocausttheologie habe eine gesplattene Einstellung gegenüber dem als unschuldig und heilig betrachteten jüdischen Leiden und dem verächtlich gemachten und als verdient verstandenen palästinensischen Leiden.

Jenseits eines ethnozentrischen Gottesverständnisses

Rosemary Radford Ruether und Herman Ruether sehen als Voraussetzung für eine Lösung des Nahostkonflikts die Abkehr von der Bestimmung des Judentums als einer Nation und Palästinas als deren gelobten Landes, worin ein ethnozentrisches Gottesverständnis impliziert sei. Der Staat Israel müsse

enttheologisiert werden und das Judentum sich als eine religiöse Gemeinschaft verstehen. «Die Definitionen von israelischer Staatsbürgerschaft und Gliedschaft des jüdischen Volkes gehen auseinander. Ein Israeli ist ein Bürger des Staates Israel, der Jude, Christ oder Muslim sein mag. Ein Jude ist ein Glied einer religiös definierten globalen Gemeinschaft, von der ein Teil israelischer Nationalität ist.»¹⁰ Palästina sei als das Land anzusehen, das miteinander zu teilen der universale Gott all die Völker aufruft, die es bewohnen.

Der in Anaheim leider abwesende Naim Stifan Ateek stellt in seinem Buch aus der Perspektive eines palästinensischen Christen Überlegungen zu einer palästinensischen Theologie der Befreiung an.¹¹ Ateek führt den Lesern die Geschichte Palästinas, der Kirchen und Christen in Palästina, der Palästinenser im und mit dem Staat Israel und seine eigene Geschichte vor Augen. Er erhellt den Hintergrund der gegenwärtigen Konflikte im Nahen Osten aus der Sicht der jahrzehntelangen Verlierer, der Opfer der Machtpolitik des Staates Israel. Ateek spricht aus der Kompetenz des Betroffenen, fordert «Recht, nichts als Recht!» für sein Volk, das diesem von Israel vierzig Jahre lang vorenthalten worden ist.

Bei Ateek kommt der Nahe Osten aus für unsere Sicht ungewohnter Perspektive als ein Kampfplatz in den Blick, auf dem sich der als Teil des europäischen Kolonialismus betrachtete Zionismus gegen arabische Widerstände durchsetzt und mit der Errichtung des Staates Israel auf Kosten der im Lande lebenden Palästinenser als herrschende Macht etabliert. Eindrücklich stellt Ateek die Situation der Palästinenser in Israel nach 1948 dar, berichtet von ihrer Vertreibung, Knechtung und der Beraubung elementarer Rechte insbesondere nach der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens im Zuge des Krieges von 1967. Nach zwanzig Jahren militärischer Okkupation ist für ihn die Intifada der Weg der Palästinenser in den besetzten Gebieten, die Besatzung abzuschütteln und ihre eigenen Rechte in die Welt hinauszuschreien. Im über weite Strecken gewaltfreien Aufstand erkennt Ateek eine grundlegende Erfahrung für die demoralisierten und marginalisierten Palästinenser in Israel. Die Intifada habe ihnen «Hoffnung, Einheit, Organisation und Selbstvertrauen»¹² gegeben.

Ateek geht es um die Versöhnung von Juden und Palästinensern; er sieht diese im Zentrum der jüdisch-christlichen Tradition angelegt und vorgezeichnet, in der befreienden Botschaft der Propheten und Jesu. Seine palästinensische Theologie der Befreiung lenkt die Aufmerksamkeit auf das Herz der biblischen Botschaft, den befreienden Gott und sein Wort. Ateek betreibt seine Theologie auf eindeutig biblischer Basis; er entwickelt sie aus deren prophetisch-universalistischen Traditionsstrom, der für die großen Propheten der hebräischen Bibel und für Jesus bestimmend ist. Aus der auf Recht und Gerechtigkeit für alle, gerade auch und insbesondere für die Bedrängten und Bedrückten, die Entrechteten und Entwurzelten abhebenden prophetisch-jesuanischen Tradition formuliert er zugleich eine scharfe Kritik der nationalistisch-partikularistischen Strömungen im Judentum und des politischen Mißbrauchs der Bibel von seiten rechtsextremer Zionisten und christlicher Fundamentalisten. Dabei knüpft er an Marc Ellis an. Den zersplitterten, in jahrhundertelangen internen und externen Konflikten zermürbten und durch massenhaften Exodus ausgebluteten Kirchen Palästinas hält Ateek als Doppelgebot den prophetischen und friedensstiftenden Imperativ der biblischen Botschaft vor Augen und fordert von ihnen, aus ihrem Stillhalten und Schweigen auszubrechen und zu richtungweisenden Institutionen prophetischen Einspruchs gegen

⁸ R. Radford Ruether/Herman J. Ruether, *The Wrath of Jonah. The Crisis of Religious Nationalism in the Israeli-Palestinian Conflict*. San Francisco 1989.

⁹ Vgl. auch M. Scherer-Edmunds, *Der letzte Kampf um Gottes Reich. Politische Heilsstrategien amerikanischer Fundamentalisten*. Münster/Westf. 1989, S. 56ff.

¹⁰ R. Radford Ruether/H. J. Ruether (vgl. Anm. 8), S. 230.

¹¹ Vgl. N. S. Ateek, *Justice, and only Justice. A Palestinian Theology of Liberation*. Maryknoll/NY 1989; eine deutschsprachige Ausgabe erscheint im Frühjahr 1990 bei der Edition Exodus in Fribourg/Brig unter dem Titel: *Recht, nichts als Recht! Eine palästinensische Theologie der Befreiung*.

¹² S. N. Ateek (vgl. Anm. 11), S. 47.

Unrecht und Unterdrückung und realen Orten der Friedensstiftung untereinander und im Blick auf die gespaltene Gesellschaft zu werden.

Ateeks Reflexionen finden ihren Höhepunkt in dem, was er «Vision eines Palästinensers», einen «Friedenstraum» nennt. Darin zeigt er als erste und grundlegende Voraussetzung für die Überwindung des gegenwärtigen Konflikts und Blutvergießens die heutzutage in erster Linie von Israel geforderte Einsicht auf, daß Israel-Palästina zum einen ein Land sowohl für Juden als auch für Palästinenser ist und zum anderen die Palästinenser das Recht auf einen eigenen Staat haben. Von beiden Seiten sind dafür neue Einstellungen verlangt, die zur Anerkennung des Anderen und zur wechselseitigen Anerkennung führen. Für die Palästinenser bedeutet das die Anerkennung des Holocausts als eines für die Juden zentralen, schrecklichen Geschehens, das die Schaffung einer Heimat für sie notwendig gemacht hat und damit die Errichtung des Staates Israel rechtfertigt. Für die Juden bedeutet das die Erkenntnis und Anerkenntnis, daß den Palästinensern mit der Vertreibung, Unterdrückung und Diffamierung Unrecht angetan wor-

den ist. Auf der Basis solcher Anerkennung des Anderen kann nach Ateek ein Prozeß der Versöhnung in Gang kommen, der schließlich zu einer Föderation Israels, Palästinas, Jordaniens und des Libanon führen könnte, welche in Jerusalem, ihrer föderalen Hauptstadt, der Heiligen Stadt des einen Gottes von Juden, Muslimen und Christen, ihren Mittelpunkt fände.

Bei unterschiedlicher Anlage, Ausrichtung und Adressierung treffen sich die Positionen von Marc Ellis, Rosemary Radford Ruether und Naim Stifan Ateek in der gemeinsamen Grundorientierung: Frieden im Nahen Osten wird es nur geben, wenn es zu einer Anerkennung des Anderen und zu wechselseitiger Anerkennung von Juden und Palästinensern kommt, wenn das Land miteinander geteilt wird, die Palästinenser ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können und damit zugleich der Staat Israel entideologisiert und enttheologisiert wird, das heißt sich selbst relativiert im Blick auf seine arabischen Bewohner und Nachbarn und im Angesicht des einen universalen Gottes, der das Land Israel-Palästina all denen zur pfleglichen Erhaltung und gerechten Verwaltung gegeben hat, die darin wohnen.

Edmund Arens, Frankfurt

Deutsche Frage und Demokratiebewegung

Der folgende Artikel ist der einleitende Beitrag, den Joachim Garstecki, Referent für Friedensfragen der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen der DDR, für eine Auswahl von deutschlandpolitischen Texten Erhard Epplers geschrieben hat, die im März erscheinen wird (Erhard Eppler, Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte 1953–1989. Kaiser Taschenbücher 86, ca. 140 S., ca. DM 11,80). Titel und Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion.

Red.

«Man kann einen Staat nicht gleichzeitig reformieren und abschaffen wollen.» Dieser Satz, von Erhard Eppler im September 1989 geschrieben, hat im Zuge der rasanten gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR eine geradezu bestürzende Aktualität gewonnen. Was er als logischen Widerspruch der Deutschlandpolitik der CDU im Vorwahlkampf der Bundesrepublik festnagelt, kommt inzwischen mit gleicher Widersprüchlichkeit auf den Straßen und Plätzen der DDR bis hinein in die junge Demokratiebewegung zum Vorschein: Zwischen Reformieren und Abschaffen bewegen sich nicht nur die Meinungen, sondern auch die zunehmend aggressiver werdenden Demonstrationen hin und her.

Während sich Vertreter der neuen politischen Gruppen und Parteien mit der alten Regierung und den ehemaligen Blockparteien am eilig etablierten «runden Tisch» versammeln, um dringende Reformmaßnahmen zu beschließen und Strukturen politischer Mitwirkung bis zu den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 zu schaffen, drängt die überwiegende Volksmeinung scheinbar unaufhaltsam in Richtung deutsche «Wiedervereinigung» als das vermeintlich geringere Übel. In Leipzig, wo Anfang Oktober noch Zehntausende mit gewaltfreien Demonstrationen den Beginn der politischen «Wende» und damit einen demokratischen Neuanfang für die DDR erzwungen hatten, wurde diese «Wende in der Wende» zuerst sichtbar. Hieß es im Oktober noch DDR-selbstbewußt «Wir sind das Volk!», so war Ende November bereits ein Ortswechsel in Richtung «Deutschland, einig Vaterland» feststellbar. Die Parole entstammt sinnigerweise jenem 1949 geschriebenen Text von Johannes R. Becher, der in besseren Tagen als Nationalhymne der DDR gesungen werden durfte und jetzt aus der Asche des realen Sozialismus fröhliche Urständ feiert.

Reaktion betrogener Menschen

So bewußt vaterländisch war das Volk der DDR und seine Demokratiebewegung im Herbst 1989 noch nicht in Erscheinung getreten. Die Menschen wollten eine demokratische Al-

ternative zum Politbürokratismus der SED. Sie forderten eine Erneuerung der Gesellschaft in der Wahrheit, nicht aber die Abschaffung der DDR. Was Eppler zu Recht «das DDR-Bewußtsein der Reformkräfte» nennt, hatte und hat seinen Rückhalt in einem vielschichtigen, in Jahrzehnten entstandenen und nach außen schwer vermittelbaren «Wir-Gefühl» der Deutschen in der DDR. Bei konstanter Distanz zur SED hatte dieses Gefühl wenigstens so etwas wie eine Solidarität der Unterlegenen und eine gewisse Bindewirkung nach innen erzeugt. Man kannte den Preis des Bleibens und reagierte allergisch auf jeden Anflug von Bevormundung aus dem Westen. Die neue Demokratiebewegung konnte mit ihren Zielen an diese positive Identifizierung anknüpfen. Sie suchte Erneuerung in einem demokratisch erneuerten Sozialismus, dessen Ausstrahlung stark genug sein sollte, der Sogwirkung des liberalen Konsumparadieses vor der eigenen Haustür zu widerstehen.

Der Gang der Dinge hat diese Hoffnung ad absurdum geführt. Sie ist erloschen, seit das ganze Ausmaß der politischen, ökonomischen und moralischen Katastrophe sichtbar geworden ist, in die die SED den anderen deutschen Staat nach vierzig Jahren Alleinherrschaft «geführt» hat. Scheibchenweise hat sich vor den Augen des Volkes die Selbstdemontage der Machthaber von einst vollzogen. Was durch den Druck der Massen und gegen die Hinhalte- und Verschleierungstaktik der SED nun an Korruption, Machtmißbrauch und organisiertem Verbrechen offengelegt wird, hat schlimmste Befürchtungen übertönen und läßt jeden professionellen Enthüllungsjournalismus vor Neid erblassen. Entsetzen über die Tiefe des Sumpfes breitet sich aus; mit Empörung, Scham, Zorn und Zynismus reagieren die Menschen auf den Zusammenbruch jener hochgepriesenen Ideale, die ihnen gestern noch als unverrückbar verkündet wurden.

Der lauter werdende Ruf nach «Wiedervereinigung» ist vor diesem Hintergrund eine naheliegende Reaktion betrogener Menschen auf die Erfahrung des Scheiterns des «irrealen Sozialismus» in der DDR. Er macht die Existenzkrise des Staates DDR manifest. Er ist mit seinen emotionalisierten, aggressiven Untertönen freilich auch ein Beleg für die deutsche «Unfähigkeit zu trauern» und die eigene Rolle in dem Trauerspiel nüchtern zu erkennen. Anders als bei denen in der Bundesrepublik, die es schon immer besser gewußt haben, ist die Erfahrung des Scheiterns für die Gescheiterten in der DDR mit einer traumatischen Verletzung verbunden, die sich gegenwärtig

tig als Jagd auf Sündenböcke äußert. Jene, die jetzt am lauten den «Anschluß» der Konkursmasse DDR an die Bundesrepublik fordern, verbergen dahinter nur mühsam ihre persönliche Enttäuschung und Verbitterung, vierzig Jahre ihres Lebens auf Sand gebaut zu haben. Es ist zugleich die nicht eingestandene Enttäuschung über sich selbst. Wann haben diese Menschen in all diesen Jahren jemals den Mund aufgemacht? Die Existenzkrise der DDR wird für sie zu einem Spiegel, in dem sie sich als betrogene Betrüger und ihr Leben als Abwarten in der Lüge wiedererkennen. Nun, da das Lügegebäude zusammengebrochen ist und nichts mehr zu bleiben scheint, was ihnen Halt und Hoffnung geben könnte, treten sie die Flucht nach vorn an. Wer will ihnen verdenken, daß sie dem ungewissen Weg der Reformen mißtrauen? Verbesserlicher, erneuerter Sozialismus? Nein danke. Das haben wir vierzig Jahre lang gehabt.

«DDR-Identität» und «Einheit der Nation»

Im Licht der traurigen Fakten wird die Epplersche Ausgangsthese zur Frage: Kann man einen Staat, der mittels seiner «führenden Kraft» systematisch an seiner eigenen Abschaffung gearbeitet hat, noch reformieren wollen? Eppler selbst hat die Möglichkeit des «Nein» eingeräumt. Er schreibt: «Nur die totale Verzweiflung an der Reformfähigkeit der DDR könnte die demokratischen Ökosozialisten, die den Kern der Reformkräfte bilden, über ein Gesamtdeutschland nach dem Muster der Bundesrepublik nachdenken lassen.» (DAS 29. 9. 89) Ratlosigkeit und Überforderung angesichts des Ausmaßes der Krise sind denn auch die heimlichen Begleiter der zersplitterten und in sich zerstrittenen Opposition, die auf die Übernahme politischer Verantwortung personell und programmatisch nicht vorbereitet ist. Doch auch die erneuerungswilligen Kräfte in der ehemaligen SED sind das nicht, denn Politik muß plötzlich ganz neu und anders als bisher legitimiert werden. Der Niedergang der stalinistischen SED bedeutet nicht nur das Aus für eine verhaßte Partei. Er zieht auch den Staat mit in den Strudel des Untergangs. Die Menschen spüren plötzlich, daß da nichts Reformfähiges mehr übrigbleibt. Mit dieser DDR ist kein Staat zu machen. Der Wille zur Erneuerung der Gesellschaft, aus dem die Demokratiebewegung vom Oktober 1989 ihre Kraft bezog, verschleißt sich im Gewirr einander widerstreitender Konzepte und Erwartungen, trifft auf ökonomische Zwänge und widerständige Strukturen. Die ans Licht kommende Wahrheit spottet allen Erneuerungshoffnungen.

Hier nun beginnen jene Vorstellungen von der «Einheit der Nation» zu wirken, die als Bodensatz unter der Oberfläche einer mühsam aufgebauten «DDR-Identität» schlummern. «Ich glaube, daß die nationale Frage in der DDR in dem Maße hochkommt, wie die Reformhoffnungen schwinden», hatte Eppler Mitte Oktober 1989 erklärt. Es ist dabei zunächst zweitrangig, ob der Ruf nach «Wiedervereinigung» auf dem Leipziger Theaterplatz nur das Nachsprechen von Worthülsen ist, die aus der Bundesrepublik herüberschallen und in Wahrheit dem nächsten Wahlsieg der CDU, nicht aber den «Landsleuten» in der DDR helfen; ob er einfach die Folge des DDR-Frusts der Menschen ist, die jetzt kein neues Sozialismus-Experiment mehr wollen, oder ob er bereits das Ergebnis einer nüchternen politischen Kalkulation ist. Er bringt etwas viel Elementareres zum Ausdruck: ein Bewußtsein, daß es nicht auf ewig ein doppeltes Deutschland geben muß, und ein Gespür dafür, daß die Krise der DDR der Anlaß sein könnte, daran zu erinnern. Wo das Wunschbild vom «Staatsvolk» der SED zerbricht, bleiben «DDR-Bürger» übrig, die entdecken, daß sie zuerst einmal Deutsche sind.

«Zu einer Nation gehört, wer sich dazu bekennt, solange er sich dazu bekennt», sagte Erhard Eppler in seiner Rede am 17. Juni 1989 vor dem Deutschen Bundestag. Er fügte hinzu, daß das Gefühl der Zugehörigkeit nach wie vor lebendig sei, «in

der DDR sogar stärker als in dieser Republik». In dem Maße, wie die staatliche Identität der DDR zerbröckelt, werden darunter die Fundamente nationaler Zusammengehörigkeit sichtbar. Aus einer latenten, eher vagen Möglichkeit entsteht ein manifester politischer Wille. Die Arbeiter in den Betrieben wollen «die Wiedervereinigung», ohne über den fatalen politischen Sinn des «Wieder» lange nachzudenken. Und auch die neuen Gruppierungen und Parteien folgen mehrheitlich diesem Trend, zumal sie ja im März 1990 gewählt werden wollen. Die DDR könne nur überleben, «wenn sie eine Funktion erfüllt, die ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern einleuchtet und den übrigen Europäern zumindest als interessant erscheint», hatte Eppler im Bundestag prophezeit. Einleuchtend erscheint vielen Deutschen in der DDR heute nur noch, sich so schnell wie möglich von allem zu befreien, was an diese DDR erinnert. Und die Europäer, die eben noch der Demokratiebewegung in der DDR Beifall spendeten, müssen einräumen, daß die neu gewonnene Selbstbestimmung («Wir sind das Volk!») auch für die Frage nach der politischen Zukunft der DDR gelten muß.

Korruptierte Utopie

Mit dem Zerbröckeln des alten SED-Staates verliert auch die Vision des Sozialismus ihren Glanz. Sie geistert als politisches Credo in den Köpfen vieler Reformen, während der Zug der ökonomischen Reformen, politisch weitgehend unkontrolliert, längst in Richtung Marktwirtschaft abgefahren ist. Sogar die sich neu formierende SED hat nun den berühmten «dritten Weg» wiederentdeckt. Für unzählige Genossen jedoch, die im November 1989 ihre Parteibücher zurückgaben, war Sozialismus eine mobilisierende und integrierende Kraft, eine Art Religionsersatz. In maßloser Enttäuschung müssen sie nun entdecken, daß sie einer Verheißung gefolgt sind, der die eigenen Führer nie geglaubt haben. Die Korruption der sozialistischen Idee durch Machtmißbrauch und Privilegienwirtschaft der bösen Greise ist mehr und etwas anderes als eine gewöhnliche Betrugsaffäre. Sie ist zu messen am hohen moralischen Anspruch einer Ideologie, die von sich behauptete, bessere Gerechtigkeit für alle zu schaffen und soziale Gleichheit erstmalig in der Geschichte zum Maßstab politischen Handelns zu machen. Um so tiefer ist jetzt der Fall und die geistig-moralische Verwüstung, die ihm folgt. Der Autoritätsverlust des Staates und seiner Institutionen ergibt sich unvermeidlich aus der doktrinären Gleichsetzung von Sozialismus, SED und Staat. Nun, da der «Sozialismus in den Farben der DDR» als historischer Betrug entlarvt ist, schlagen jahrzehntelange Repression und Lüge mit Wucht auf ihre Verursacher zurück. Das Wort Sozialismus, gleichgültig mit welchen differenzierenden Attributen es auch versehen wird, hat in dieser Situation als sinngebende Orientierungsmarke für den künftigen Weg der Gesellschaft seine Funktion verloren. Er ist weder definierbar noch konsens-, noch mehrheitsfähig.

Zu den bitteren Lernerfahrungen der neuen politischen Opposition in der DDR gehört, daß die in ihren Grundsatzpapieren durchgängig vertretene Option für einen erneuerten, demokratischen Sozialismus von ihren eigenen Anhängern nicht mehr geteilt wird. Sie erweist sich als eine verschlissene Utopie, mit der keine Mehrheiten zu gewinnen sind. In opportunistischer Anpassung an das laute «Wiedervereinigungs»-Begehren auf den Straßen werfen nicht wenige Vertreter der neuen Bewegung jetzt ihr Bekenntnis zum Sozialismus über Bord, während andere an den vielen runden Tischen im Land mit den Nachlassverwaltern der SED um wirkliche Demokratie ringen. Doch das Festhalten am Sozialismusmodell erweist sich als nicht realitätstüchtig. Es lebt von der Vorstellung, man müsse nun endlich zum «wahren», zum «eigentlichen» Sozialismus zurückkehren. Damit wird ungewollt genau jenes alte ideologische Paradigma fortgeschrieben, dem die Demokratiebewegung entkommen wollte und das unfähig zur Bewältigung der jetzt anstehenden politischen und ökonomischen Aufgaben macht. In polemischer Auseinandersetzung mit den Initiatoren des Aufrufes «Für unser Land» vom 28. November 1989, der die sozialistische Orientierung der DDR zu retten sucht, schreibt die

BILDUNGSHAUS BAD SCHÖNBRUNN

Di 31. Juli (18.30) – Fr 31. August (9.00)

Große Exerzitien nach Ignatius von Loyola

für Männer und Frauen ab 20 Jahren (Priester, Ordensleute, Laien). Mit Einzelbegleitung.

Leiter: Werner Grätzer SJ, Sr. Irmgard Braun

Vorgespräch für Interessenten/-innen:
25. und 26. März 1990 in Bad Schönbrunn

Sa 7. April (18.30) – Mi 11. April (9.00)

Nachfolge Christi

Exerzitien für Männer und Frauen in akademischen Berufen.

Unser Alltag und die befreiende Botschaft der Bibel. – Referate, Besinnung, Gebet, Eucharistiefeier, persönliche Aussprache.

Léitung: Willi Schnetzer SJ

Auskunft und Anmeldung:

Bildungshaus Bad Schönbrunn
CH-6313 Edlibach/Zug, Tel. (042) 52 16 44

Schriftstellerin *Helga Schubert*: «Wir sind mißtrauisch geworden gegenüber allen mit Macht ausgestatteten Ideologien, die nie funktionierten und deshalb ihr edles Antlitz immer erneut zurechtlügen müssen. Wir meinen, unser Volk hatte in den letzten Jahrzehnten Gelegenheit genug, eine große politische Reife zu erlangen, und hat dies nun auch mit seiner beispielhaften gewaltlosen Revolution bewiesen. Es braucht auch nicht die heimliche Gewalt prominenter Weltbild-Vorbeter, sondern wird in eigener Selbstbestimmung in freien Wahlen sein Gesellschaftskonzept aus den verschiedenen, ihm angebotenen, wählen ...» (Neue Zeit 7. 12. 89).

Die Demontage des «realen Sozialismus» in der DDR hat die sozialistische Utopie mit demontiert. Das ist die schmerzliche Erfahrung derer, die mit Recht nach einer Alternative zum westlichen Konsumkapitalismus suchen. Aber was heißt «Sozialismus»? Er ist nicht mehr ideologisch proklamierbar, sondern muß seinen Anspruch in der praktischen politischen Bewältigung der ökonomischen und sozial-ökologischen Probleme bewahrheiten, die der Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung stellt. Dazu ist er aus eigener Kraft nicht fähig. Dies zu erkennen bedeutet nicht, die unbestreitbaren sozialen Sicherungen der letzten Jahrzehnte zu verleugnen, wohl aber zu prüfen, wie sie in eine neue, solidarische Gesellschaft zu überführen sind. Niemand sollte den hohen sozialen Wohlstand in der DDR nachträglich denunzieren. Aber das Argumentieren mit diesen «Errungenschaften» verrät seine ideologische Absicht, wenn man weiß, daß sie nicht seriös erwirtschaftet und deshalb auf Dauer unbezahlbar waren. Das Ziel einer demokratischen, ökologisch und sozial orientierten Gesellschaft braucht gegenwärtig nicht Bekenntnisse, sondern Sachverstand und das verantwortliche Abwägen der verschiedenen konkurrierenden Interessen. Westliches Kapital ist dabei nicht alles, aber ohne dieses Kapital geht nichts mehr. Nur auf einer soliden ökonomischen Grundlage wird jene soziale Sicherheit neu fundiert werden können, die mit der Option für den Sozialismus gemeint war. Auch eine schöne Utopie?

Reform in beiden deutschen Staaten

Es ist freilich mehr als fraglich, ob die DDR gegenwärtig souverän genug ist, die eilig in Gang kommende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik so zu steuern, daß eine ausreichende politische Kontrolle der notwendigen ökonomischen Anpassungsprozesse gewährleistet bleibt. Daß die qualitative Erneuerung der Produktionsmittel in allen Industriezweigen, die Rekonstruktion der Infrastruktur und der ökologische Umbau der Gesellschaft nur mit Hilfe des We-

stens erfolgen können, ist unbestritten. Aber das darf in der schwierigen Übergangsphase zwischen stalinistischer Kommandowirtschaft und marktorientierten Formen des Wettbewerbs nicht zu Weichenstellungen führen, die den Ausverkauf der DDR an die ökonomische Supermacht Westeuropa vorprogrammieren und eine künftige, demokratisch gewählte Regierung vor vollendete Tatsachen stellen. Auf diese Gefahr hinzuweisen scheint in der Euphorie populistischer «Wiedervereinigungs»-Parolen besonders wichtig. «Es könnte sein, daß angestauter Zorn auf die 40 Jahre lang real existierende DDR heute Mehrheiten befördert, die ebendiese Mehrheit vielleicht schon übermorgen mit kühlerem Kopf bereut.» (Gerhard Thomas)

Zwischen Reformieren und Abschaffen verändert sich gegenwärtig die DDR mit jedem Tag schneller, ohne daß schon eine eindeutige Tendenz erkennbar wäre. Das neuerwachte Bewußtsein von der Einheit der Nation schafft nicht im Handumdrehen einen nationalen Einheitsstaat. «Es bliebe immer noch ein Land übrig, in dem die vier Jahrzehnte des stalinistischen Modells wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Realitäten geschaffen haben, die eine Zusammenfügen mit der Bundesrepublik nur auf dem Wege behutsamer Anwendung des föderalistischen Prinzips ratsam erscheinen lassen. Das aber bedeutet: Es geht letztlich nur noch darum, wie eng die ökonomischen und staatsrechtlichen Verbindungen und Bindungen zwischen beiden deutschen Staaten sein werden, wieviel Eigenständigkeit die DDR bewahren kann.» Eppler hat mit dieser Zukunftsprognose (*Tagesanzeiger* 9. 11. 89) angedeutet, was weniger später DDR-Ministerpräsident *Hans Modrow* «Vertragsgemeinschaft» und Bundeskanzler *Helmut Kohl* «konföderative Strukturen» genannt haben. In einem sich bildenden Geflecht von gemeinsamen Strukturen und Institutionen liegt die Chance einer Annäherung beider deutschen Staaten, die die Stabilität in Europa nicht gefährden muß. Sie eröffnet die Voraussetzungen für ihr künftiges Zusammenwachsen zu einer deutschen Konföderation. Nur so – und wenn die Menschen in beiden deutschen Staaten in freier Selbstbestimmung es wollen – könnte auf lange Sicht ein «einig Vaterland» auch politisch Gestalt gewinnen.

Eine europäische Konföderation wäre der organische Rahmen, in dem eine deutsche Konföderation ihren akzeptierten Platz fände. Nur die endgültige Überwindung des kalten Krieges und die ausdrückliche Anerkennung der heutigen Grenzen in Europa auf der Basis des Helsinki-Abkommens werden bei den europäischen Nachbarn der Deutschen jenes Vertrauen wachsen lassen, das Voraussetzung für ein engeres Zusammenwachsen beider deutscher Staaten ist. Das gilt besonders im Blick auf Polen. *Adam Krzeminski*, polnischer Publizist, schrieb Anfang Dezember 1989: «Auch die Öffnung der Mauer hat zwiespältige Gefühle geweckt. Einerseits solidarische Freude mit denen, die sich selbst befreiten. Andererseits die bange Frage, ob die deutsche Euphorie eine «kritische Masse» in der Mitte Europas erzeugen wird. Können wir hoffen, daß das Dreieck BRD-DDR-Polen endlich vernünftig ausgewogen wird?» (*Die Kirche* 3. 12. 89)

Eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft kann ihre politische Funktion in einem zusammenwachsenden Europa nur auf der Basis einer umfassenden europäischen Sicherheitspartnerschaft unter Beweis stellen. Sie könnte helfen, die Blöcke zu überwinden und die Akzeptanz eines neuen Begriffs von Sicherheit zu stärken, der nicht mehr militärisch, sondern nur noch politisch definiert wird. Die Suche nach dem wirklich Lebensnotwendigen und -dienlichen für den einzelnen, die Gesellschaft und die Natur, das Überleben aller in Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit, Würde und Solidarität hätten in diesem Sicherheitsverständnis ihren Platz. Was der 10-Punkte-Plan von Helmut Kohl wert ist, muß sich an der Offenheit für diese Ziele zeigen.

Beide deutschen Staaten stehen vor der Aufgabe, sich so zu reformieren, daß sie zur verantwortlichen Mitgestaltung der Zukunft in einem für alle offenen europäischen Haus fähig werden. Die DDR muß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

schnell verwirklichen, weil nur so den Menschen eine Hoffnungsperspektive geboten wird, die sie bereit sein läßt, den Belastungen des zu erwartenden ökonomischen und sozialen Umbruchs standzuhalten. Noch immer verlassen Menschen zu Tausenden das Land, weil sie diese Last nicht mehr tragen wollen. Und bei vielen, die bleiben, ist die Faszination des demokratischen Aufbruchs von der Faszination der offenen Grenzen und dessen, was dahinter liegt, überlagert worden. Nur wenige haben verstanden, daß es nicht mehr um den Ortswechsel von hüben nach drüben, vom DDR-Staat zur Bundesrepublik, von *Konsum* zu *Karstadt* geht. «Die wirkliche Systemfrage heißt nicht Sozialismus oder Kapitalismus. Es geht nicht um das Überleben von Systemen, sondern darum, daß die Systeme dem Überleben dienen und Zukunft möglich machen.» (Heino Falcke)

Der ungewisse Weg der Reformen in der DDR muß zeigen, wo die Grenzen zwischen Erhaltenswertem, weil Zukunft Eröffnendem, und Abzuschaffendem, weil Zukunft Verschließendem, verlaufen. Hoffentlich ist es dann nicht schon zu spät. Das erlebbare Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost trübt gegenwärtig vielen den Blick und läßt kaum noch Zeit für kritisches Prüfen und Unterscheiden. Die neugewonnene Freiheit zu gebrauchen, ohne ihren heimlichen Verführungen zu erliegen – das muß erst noch gelernt werden.

In vielen kleinen Gruppen sind über viele Jahre hin Haltungen ökologischer Verantwortung, partnerschaftlichen Teilens und friedensstiftender Versöhnung eingeübt worden. Dieser kostbare Schatz an schon gelebter Alternative darf im gesellschaftlichen Aufbruch der DDR nicht verlorengehen. Und auch die neuen politischen Gruppierungen und Parteien sollten im beginnenden Wettlauf um die Macht nicht vergessen, aus welchen Wurzeln sie ihre Kraft beziehen. Das vorausdenkende Problembewußtsein der kleinen Minderheiten muß einfließen in den neu zu bildenden gesellschaftlichen Grundkonsens, muß zum Widerstandspotential gegen die Übermacht des großen Geldes werden, das uns jetzt überschwemmen wird. Noch haben wir im schmerzhaften Erneuerungsprozeß die Chance, nicht jede profitable Torheit des Westens nachzumachen. Die leisen Impulse der kleinen Leute werden gebraucht.

Joachim Garstecki, Teltow/DDR

«Laienphilosophen» im Mittelalter

Fragt man sich, wer «im Mittelalter» Philosophie (und Theologie) gelehrt oder, wie man im heutigen akademischen Slang sagt, «gemacht» hat, so fallen einem natürlich zuerst die bekannten Namen ein. Daß es sich dabei in aller Regel um Kleriker bzw. um Mönche handelt, versteht sich nahezu von selbst und wurde bisher im Grunde nicht als Problem empfunden und reflektiert. Dieser Nachlässigkeit haben sich inzwischen einige Forscher angenommen, und der in Fribourg lehrende Mediävist *Ruedi Imbach* hat jetzt ein kleines, aber randvolles Buch zu diesem «vernachlässigten Thema» vorgelegt.¹ In fünf Aufsätzen, von «fragmentarischem und vorläufigem Charakter» wendet er sich einer Fragestellung zu, die «bis jetzt noch nie ausführlich formuliert worden» sei (vgl. 9f.) und die er so charakterisiert: «Gibt es signifikative Beziehungen zwischen dem Laienstand des Adressaten oder Verfassers eines philosophischen Textes und der Philosophie, die vertreten wird?» (10) Im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt der Universität Eichstätt war Imbach auf zahlreiche Texte gestoßen, die es ihm lohnend erscheinen ließen, das anvisierte Thema aufzuzeigen und zugleich zu weiterer Forschung anzuregen.

¹ R. Imbach, *Laien in der Philosophie des Mittelalters. Hinweise und Anregungen zu einem vernachlässigten Thema*. Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1989, 171 S. (Bochumer Studien zur Philosophie, Bd. 14).

Das wissenschaftlich vorzüglich belegte und dokumentierte Buch enthält – dessen ist sich der Verfasser durchaus bewußt – nicht wenige Aspekte, die über die Detailforschung hinaus für das allgemeine Verständnis des Mittelalters von erheblicher Bedeutung sind. Es ist hier nicht möglich, der Frage nachzugehen, wie es heute, von den Kreisen der Spezialisten abgesehen, mit den Kenntnissen über die Philosophie im Mittelalter bestellt ist. Daß es an Interesse am Mittelalter als solchem nicht fehlt, beweist nicht nur der große Erfolg des ersten Romans von Umberto Eco, sondern eine Fülle vermittelnder Literatur, doch kann man den Eindruck gewinnen, daß die Ergebnisse der außerordentlich intensiven internationalen Erforschung der mittelalterlichen *Philosophie* weit verbreitete Urteile und Akzentuierungen immer noch nicht zurechtgerückt haben. Dafür gibt es sicherlich zahlreiche Gründe; einer davon könnte darin liegen, daß der Eindruck, es handle sich hier um eine Philosophie von Klerikern im Dienste der mittelalterlichen Kirche, von vornherein für viele abschreckend wirkt. Wenn demgegenüber nun die Aufmerksamkeit auf das Laien-Element und seine Auswirkungen gelenkt wird, so könnte dies zumindest zu einer differenzierteren Sicht beitragen. Im übrigen dürfte es ja jedermann klar sein, daß es im Mittelalter nicht nur Kleriker gab; blickt man in die allgemein-historische und die literaturwissenschaftliche Mediävistik, so unterliegt es ohnehin keinem Zweifel, daß auch im Mittelalter die Laien in der Mehrheit und daß auch damals die Hälfte der Menschen Frauen waren.

Nicht-Kleriker und «illiterati»

Andere Regeln galten aber offenbar für die «Philosophie» jener Zeit (nicht zu reden von der Theologie), doch selbst sie konnte auf die Dauer die Laien nicht ignorieren. Imbach erinnert daran, daß im Mittelalter unter Laien nicht nur die Nicht-Kleriker verstanden wurden (von welcher «kirchlichen Dichotomie» er nebenbei feststellt, sie scheine sich in der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts fest etabliert zu haben! [16]), sondern eben auch die «illiterati», also die «Nicht-Gebildeten» (obwohl sicherlich auch zahlreiche Kleriker zu diesen «illiterati» gehörten). Trotz terminologischer Schwankungen entscheidet sich Imbach dafür, in bezug auf den von ihm untersuchten Zeitraum von ca. 1200 bis 1380 (insofern ist also der Titel des Buches unscharf) die «illiterati» als die nichtuniversitär (Aus-)Gebildeten aufzufassen; bei ihnen findet man ein «*antiuniversitäres* Bildungsverständnis» ebenso wie ein «*nicht-universitäres* Wissenschaftskonzept» (23).

Wie Imbach mit Texten von Albertus Magnus und Konrad von Meigenberg (1309–1374) belegt (23–25), brachte auch in dieser erweiterten Begriffsverwendung die damalige Beschreibung der «Laien» haarsträubende Texte hervor. Der Klerikalismus besetzte vor allem die Bereiche Ekklesiologie, Politik und Wissenschaft (26), doch zeigt Imbach, wie sich gerade auch gegen die überzogenen Ansprüche auf diesen drei Feldern seit dem 13. Jahrhundert zunehmend Widerspruch artikuliert, in dem das Laienelement zur Geltung kam, auch wenn es, wie z. B. in Gestalt Ockhams, von Klerikern vorgebracht wurde. Indes spielten in diesem Kontext auch Laien selbst eine Rolle, und zwar «als Adressaten philosophischer Texte» (32–43) bzw. als Adressaten von Übersetzungen solcher Texte und entsprechender volkssprachlicher Kompendien, obwohl manche Laien durchaus Latein verstanden (45–53), sowie auch als Verfasser philosophischer Texte, wofür Imbach den italienischen Dichter und Gelehrten Brunetto Latini (ca. 1220–1294), Raimundus Lullus, den französischen «Publizisten» Pierre Dubois (ca. 1250–1321) und Dante als *Beispiele* anführt (53–71). Ein eigener Abschnitt handelt über «philosophierende Frauen» (71–76), der aber außer Christine de Pisan (ca. 1365–1430) keinen überzeugenden Namen enthält.

In den durch die erste Studie vorgezeichneten Rahmen fügen sich alsdann, stets mit gebotener Nüchternheit, weitere Abhandlungen

vervollständigend und vertiefend ein. Sie behandeln «Philosophie an europäischen Fürstenhöfen» im 13. und 14. Jahrhundert, speziell am Beispiel Friedrichs II. und Manfreds (79–101), die Auseinandersetzungen des nahezu 80jährigen Ramon Lull mit der Pariser Universitätsphilosophie in den Jahren 1309–1311 (102–131), «Dante und die Philosophie» (132–142) und skizzieren schließlich die «Wiederentdeckung der politischen Philosophie im Mittelalter» (143–164), wobei die «politische Bedeutung der Aristoteles-Rezeption», die durch Boëthius von Dacien (gest. vor 1284) und Siger von Brabant (ca. 1235–1284) initiierte «Entklerikalisierung der Wissenschaft» und die von Dante und Marsilius von Padua proklamierte, auf die Moderne vorausweisende Idee der «Autonomie der Politik» besonders herausgestellt werden.

Vorstoß in Neuland

Wie schon erwähnt, versteht Imbach seine Studien als einen Vorstoß in Neuland. Daß man dazu Rück- und Nachfragen stellen möchte, ist nicht verwunderlich, am wenigsten für einen Kenner wie Imbach, der die ganze Problematik der Ergänzung, ja der Revision des üblichen (vor allem unter Katholiken verbreiteten) Mittelalterbildes nicht minder gut kennt als der bekannte Bochumer Mediävist Kurt Flasch, auf dessen Arbeiten Imbach nachdrücklich verweist.² Ich beschränke mich darauf, lediglich noch einige Überlegungen kurz zu notieren.

Imbach unterstreicht, daß es im Mittelalter keineswegs so etwas wie eine «Laienphilosophie» oder gar einen «laikalen Geist» gegeben habe (10). Dem wird niemand widersprechen wollen. Wichtig dürfte das Ergebnis sein, daß sich ein auf angebliche Laien-Themen reduziertes Interesse nicht feststellen läßt; die mittelalterlichen Laienphilosophen haben sich nicht nur mit Ethik und Politik, sondern durchaus auch mit Metaphysik und Naturphilosophie befaßt (vgl. 53–60, 74f., 92–98). Es sei nicht zu übersehen, daß Imbach Wert darauf legt, für seine These von der Bedeutung des Laien-Elements in der mittelalterlichen Philosophie stets nur *Beispiele* geben zu wollen; vieles sei hier eben noch zu erforschen. Imbach ist

² Vgl. K. Flasch, *Das philosophische Denken im Mittelalter*. Stuttgart 1986; Ders., *Einführung in die Philosophie des Mittelalters*. Darmstadt 1987; s. auch Ders., Augustin. *Einführung in sein Denken*. Stuttgart 1980.

ORIENTIERUNG erscheint 2× monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Information
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Administration:

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, Telefon (01) 2010760
Telefax (01) 2014983

Redaktion: Ludwig Kaufmann, Josef Bruhin, Nikolaus Klein,

Josef Renggli, Pietro Selvatico, Karl Weber

Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 1990:

Schweiz: Fr. 39.- / Studierende Fr. 28.-

Deutschland: DM 49.- / Studierende DM 34.-

Österreich: öS 370,- / Studierende öS 260,-

Übrige Länder: sFr. 37.- zuzüglich Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr. 50.- / DM 60.- / öS 420,-

(Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnements in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Probenummer gratis

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842-8

Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)

Konto Nr. 6290-700

Österreich: Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien, Zweigstelle Feldkirch (BLZ 20151),

Konto Nr. 473009306, Stella Matutina, Feldkirch

Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Nell-Breuning zum Hundertsten

Zur Titelseite

Der 100. Geburtstag von Pater Oswald von Nell-Breuning wird nicht nur an seiner Wirkungsstätte St. Georgen/Frankfurt und in seiner Geburtsstadt Trier gefeiert, er gibt auch, wie es diesem Mann gebührt, zu zeitgeschichtlichen Analysen und kritischen Anfragen Anlaß. Häufig «Nestor der katholischen Soziallehre» genannt, spricht er selber von deren «provinziell deutschem Kolorit» unter Pius XII. – seinerseits hatte er Pius XI. für «Quadragesimo anno» zugearbeitet – und um die fällige Aufsprennung des «Monopols» hin zu Franzosen und Romanen unter Johannes XXIII. (vgl. Orientierung 1979, S. 226 f.). Wie aber wirkte er auf die Entwicklung der Bundesrepublik ein? Auf einem vom Sozialinstitut der KAB und dem Kath. Bildungswerk Frankfurt durchgeführten Seminar in Vohenstrauß (25.–28. 1. 1990) wurde darüber und zumal über die politische Vermittlung Katholizismus/DGB gestritten. Als Niederschlag der Gespräche (1. Runde: W. Kroh, F. Hengsbach, H. Ludwig) und Kontroversen (2. Runde: I. Fetscher, A. Horné, T. Pirker¹) werden die Seminarleiter (W. Schroeder und M. Möhring-Hesse) einen Band herausbringen unter dem bezeichnenden Titel: *Der bekannte Unbekannte*.

Bereits jetzt aber lassen sich zwei Neuerscheinungen zum 100. Geburtstag anzeigen, und zwar eine Neuauflage und ein Sammelband, worin der Jubilar selber zu Worte kommt:

O. von Nell-Breuning, Baugesetze der Gesellschaft. Solidarität und Subsidiarität. Herder, Freiburg u. a. 1990, ca. 160 S., DM 24,80.

Ders., Den Kapitalismus umbiegen. Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Lesebuch. Hrsg. von F. Hengsbach u. a., Patmos, Düsseldorf 1990, ca. 400 S., DM 49,80. L. K.

¹ Theo Pirker, ehemaliger Linkskatholik, erlebte als Mitarbeiter von Agartz, mit dem zusammen er dann auch, vom DGB entlassen wurde, Nell-Breuning als Gegner.

somit nicht der Gefahr der Entdeckerfreude erlegen, die bekanntlich immer eine gewisse Einseitigkeit mit sich bringt. Wie schon die Hinweise auf Ockham zeigen, verkennt Imbach nicht, daß auch aus der von Klerikern bzw. Mönchen «gemachten» Philosophie Ansätze und Anstöße zu deren Weiterentwicklung, Erneuerung und vielleicht sogar Überwindung hervorgegangen sind. Auch hat Imbach die Ambivalenz des laienphilosophischen Elements nicht übersehen, denn während ja bei Dante und Marsilius, mit Bezugnahme auf Boëthius von Dacien und den (jedenfalls auf katholischer Seite) immer noch nicht hinreichend gewürdigten Siger von Brabant, durchaus zukunftsweisende Ideen zu konstatieren sind, wirkt die von dem alten Ramon Lull in Paris vertretene Position in verhängnisvoller Weise antiphilosophisch (vgl. 106–111; 126–130). Das Buch Imbachs fördert also keineswegs eine Ideologisierung des Laien-Moments, sondern bringt dieses mit historischer Sorgfalt zu Recht wieder in Erinnerung und rückt es in die Gedankenbewegung ein, die der Entklerikalisierung von Wissenschaft und Politik (leider nicht von «Kirche» selbst) gegen schier unüberwindbare Schwierigkeiten vorbereitet und zugearbeitet hat. Man wird also, will man den Wert des Forschungsansatzes von Imbach zutreffend beurteilen, die Proportionen nicht außer acht lassen dürfen, zumal die sich im (Spät-)Mittelalter abzeichnende Entwicklung auf Humanismus und Neuzeit hin meines Erachtens weniger auf die historisch zu konstatierenden und zweifellos Anerkennung verdienenden philosophischen, theologischen und politiktheoretischen Beiträge mancher Laien und Kleriker zurückzuführen sein dürfte als vielmehr auf das Scheitern einer theologisch-kirchlich-politischen Fehlkonstruktion, das sich in der Rückschau als ebenso unvermeidlich wie (auch für den christlichen Glauben selbst) befreiend erweist.

Als *Postscripta* seien noch hinzugefügt einmal das Unbehagen des Rezensenten über allzu viele orthographische und Zeichenfehler und dann seine freudige Zustimmung zu dem auf S. 79 als Motto beziehungsreich angeführten mittelalterlichen Sprichwort: «rex illitteratus asinus coronatus» («Ein dummer König ist ein gekrönter Esel»). *Heinz Robert Schlette, Bonn*